



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Faulenstraße 14-18 28195 Bremen

Auskunft erteilt

Lars Hartwig

Zimmer 3.07

Tel. (0421) 361 92629

Fax (0421) 496 2215

E-Mail

gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Datum und Zeichen

Ihres Schreibens

Pressemitteilung

Unser Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

LH/sch

Bremen, 21. September 2023



Fair handeln für Kinder in armen Ländern
mit der Rest-Cent-Aktion. Infos unter
www.gpr.bremen.de/restcent

Resolution der Personalräteversammlung:

Angesichts der digitalen Überwachungsmaßnahmen beim Eigenbetrieb Performa Nord, die zur Begründung der fristlosen Kündigungen von zwei Mitarbeitern des Bürger:innentelefon Bremen (BTB) herangezogen wurden, hat die Personalräteversammlung des bremischen öffentlichen Dienstes heute einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Dienstvereinbarungen müssen eingehalten werden

Wir, Personalräte, Frauenbeauftragte und Schwerbehindertenvertretungen des bremischen öffentlichen Dienstes fordern den Senator für Finanzen ebenso wie auch alle anderen Mitglieder des Senats auf, sich unmissverständlich zur Einhaltung der Dienstvereinbarungen zu bekennen. Wir erwarten ein klares Signal der Politik an die Dienststellen.

Wiederholt und ganz bewusst hat Performa Nord die Dienstvereinbarung Telekommunikation verletzt und personenbezogene Auswertungen über das Telefonieverhalten einzelner Kolleg:innen gemacht. Auch in anderen Dienststellen gibt es immer wieder Versuche, in Dienstvereinbarungen geregelte Schutzrechte der Kolleg:innen zu übergehen.

Das Bremische Personalvertretungsgesetz regelt aber ganz eindeutig: **Dienstvereinbarungen gelten unmittelbar und zwingend.**

Gerade in einer Zeit des Fachkräftemangels sind Dienstvereinbarungen, die gute und faire Arbeitsbedingungen regeln und Schutzrechte der Kolleg:innen definieren, ein wichtiger Baustein, mit dem Bremen seine Attraktivität als Arbeitgeberin ausbauen kann. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass das Vertrauen in diese Arbeitsbedingungen nicht untergraben wird. Die Missachtung von Dienstvereinbarungen schadet dem Ansehen des öffentlichen Dienstes.

Für die übergreifend geltenden Dienstvereinbarungen, die zwischen dem Senat und dem Gesamtpersonalrat geschlossen werden, haben der Gesamtpersonalrat und der Senator für Finanzen eine „Wächterrolle“: Sie müssen darüber wachen, dass die Dienstvereinbarungen eingehalten werden. Wir sehen mit Besorgnis, dass der Senator für Finanzen diese Rolle zuletzt vernachlässigt hat und erwarten, dass sich dies mit dem Wechsel an der Ressortspitze für die Zukunft ändert.

